

Doppelhaushalt 2009/2010 auf den Weg gebracht

Am **27. Januar** hat der Bayerische Landtag den **Doppelhaushalt 2009/2010 in Erster Lesung beraten**. Hierzu haben wir bereits im Rahmen unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth eine **EntschlieÙung** verabschiedet. Darin demonstrieren wir in Zeiten einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, dass wir entschlossen sind, die Herausforderungen anzunehmen und unsere **Gestaltungsspielräume für landespolitisch wichtige Schlüsselbereiche zu nutzen**.

So werden wir heuer und im nächsten Jahr über **2.700 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer** schaffen, um damit **Ganztagsschulangebote weiter auszubauen** und schrittweise auch die **Klassenhöchststärken zu reduzieren**. Zur Verbesserung der Studienbedingungen werden wir bis 2011 **38.000 zusätzliche Studienplätze und 3.000 neue Stellen** finanzieren; allein dafür veranschlagen wir bis 2010 über 230 Millionen Euro. Hinzu kommen Mittel für **Baumaßnahmen im Hochschulbereich in Höhe von fast 900 Millionen Euro** bis 2010.

Und wir setzen einen weiteren Schwerpunkt für unsere Kinder: Für die **staat-**

liche Förderung von Kinderbetreuungsangeboten sind heuer **672 Millionen Euro** und nächstes Jahr sogar 711 Millionen Euro vorgesehen. Mit diesen Mitteln bauen wir das Betreuungsangebot insbesondere für Kinder unter drei Jahren aus und finanzieren die bereits seit September letzten Jahres gültige Verbesserung des für die Personalausstattung maßgeblichen Anstellungsschlüssels.

Außerdem ziehen wir die zunächst für Geburten ab dem 1. Januar 2009 geplante **Anhebung der Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld** deutlich vor. Nunmehr gilt **bereits für Geburten ab dem 1. April 2008**, dass deutlich mehr Eltern in Bayern Landeserziehungsgeld beanspruchen können. Der schrittweise Aufbau von insgesamt **250 koordinierenden Kinderschutzstellen** und der **weitere Ausbau der Jugendsozialarbeit** an Schulen gehören ebenfalls zu den wichtigen Eckpfeilern dieses Doppelhaushalts.

In der aktuell schwierigen konjunkturellen Phase haben wir auch im Bereich der Wirtschaft wichtige Akzente gesetzt. So haben wir einen **bayerischen**

Mittelstandsschirm aufgespannt und in diesem Rahmen das bestehende **Bürgerschaftsinstrumentarium bei der staatlichen LFA Förderbank Bayern** um insgesamt **200 Millionen Euro** in den Jahren 2009 und 2010 **erweitert**, um die Kreditversorgung zu Gunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen sicherzustellen.

Schließlich können **heuer und nächstes Jahr jeweils 500 Polizeibeamte zusätzlich** eingestellt werden. Damit stellen wir unsere Marktführerschaft im Bereich der inneren Sicherheit einmal mehr unter Beweis. Die Personalausstattung im **Justizbereich** wird um insgesamt **229 neue Stellen**, vor allem im Bereich des Justizvollzugs, verbessert.

Und auch im **Öffentlichen Dienst** setzen wir **wichtige Leistungsanreize**. So werden im Doppelhaushalt 2009/2010 insgesamt **fast 18.000 Stellenhebungen** finanziert. Ein Großteil davon betrifft den Schulbereich. Mit diesen zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten führen wir z. B. **erstmalig funktionslose Beförderungsmöglichkeiten für Grund-, Haupt- und Realschullehrer** ein.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten und der konjunkturelle

Abschwung erfordern ein kraftvolles Handeln auf allen politischen Ebenen. Deshalb haben wir in der Entschlie-ßung betont, dass die richtigen Weichenstellungen des Doppelhaushalts auf Bundesebene ergänzt werden müssen. In diesem Zusammenhang haben wir das von der Bundesregierung vorgelegte **zweite Konjunkturpaket** ausdrücklich begrüßt, das auf Initiative der CSU insbesondere Steuerentlastungen für Familien sowie Bezieher kleinerer bzw. mittlerer Einkommen und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Milliardenhöhe zum Gegenstand hat.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch herausgestellt, dass die aktuell angesichts der besonderen Krisensituation angezeigten Maßnahmen nicht den Weg zurück in eine dauerhafte, ausufernde Verschuldung der öffentlichen Haushalte ebnen dürfen. Vielmehr müssen wir aus unserer Verantwortung für die zukünftigen Generationen heraus die **Haushaltskonsolidierung wieder in den Vordergrund** rücken, sobald sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gebessert haben.

Europa ja – aber mit Augenmaß

Am **7. Juni 2009** findet die **Europawahl** statt. Aus diesem Anlass hat die CSU-Fraktion ihre europapolitischen Schwerpunkte und Ziele in einer **Entschlie-ßung** in Wildbad Kreuth zum Ausdruck gebracht.

Das gemeinsame Europa mit Augenmaß weiter zu entwickeln, die wirklich europäischen Aufgaben entschlossen gemeinsam anzupacken und gleichzeitig dort, wo unnötiger Zentralismus, Überreglementierung und Bevormundung der Bürger drohen, kritisch die

Stimme zu erheben – darin sehen wir die große Herausforderung der Europapolitik der nächsten Jahre.

In der Entschließung haben wir betont, dass **Bayern vom geeinten Europa profitiert**. So sind etwa allein in den letzten 10 Jahren die **Exporte** der bayerischen Wirtschaft in die Länder der „alten“ EU um 41,4 Milliarden Euro oder 115,5 % gestiegen. Die EU hat auch eine **wichtige weltpolitische Rolle**, wie sich unlängst z. B. bei ihrer Vermittlerrolle anlässlich der Georgienkrise im Sommer 2008 wie auch im ukrainisch-russischen Gaskonflikt gezeigt hat.

Wir haben aber auch deutlich gemacht, wo wir die **Schwachstellen Europas** sehen. So **zielen EU-Regelungen vielfach über das erforderliche Ziel hinaus**, etwa im Bereich der Daseinsfürsorge. Hier werden wir Bestrebungen der EU, über Grundsätze und Bedingungen bei Leistungen der Daseinsfürsorge zu bestimmen oder einer unkontrollierten Liberalisierung zu öffnen, entschieden entgegentreten. Denn für

uns gilt: **Nicht jedes Problem in Europa muss mit einer Lösung aus Europa und für Europa beantwortet werden!**

Die **EU muss ihre Identität wahren** und stets in politischer, finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht handlungsfähig bleiben. Insbesondere dürfen die Grenzen der EU nicht nur von der Geografie, sondern müssen auch von der Zugehörigkeit zur europäischen Wertegemeinschaft bestimmt werden. Vor diesem Hintergrund **lehnen wir den Beitritt der Türkei ab**, weil er die Integrationsfähigkeit der EU überfordern würde.

In der Entschließung haben wir schließlich einen wichtigen Akzent für **mehr Bürgerbeteiligung** gesetzt. Wir wollen, dass **grundlegende Vertragsänderungen der EU**, die über den Staatenverbund des Vertrages von Lissabon hinaus gehen, **und die Frage der Aufnahme von weiteren Staaten in die EU** vom Bund **den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden können**.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Zukunft der Rosenthal AG

Anfang Januar 2009 hat die **Rosenthal AG Insolvenzantrag** gestellt. Der CSU-Fraktion ist es ein großes Anliegen, dieses traditionelle Unternehmen mit seiner für die regionale Wirtschaftsstruktur Oberfrankens so wichtigen großen Zahl von **Arbeitsplätzen zu erhalten**. In einem Antrag haben wir deshalb die entsprechenden Bemü-

hungen der Staatsregierung unterstützt und uns dafür ausgesprochen, die **Fördermöglichkeiten aus der regionalen Wirtschaftsförderung sowie der Innovationsförderung zu prüfen**.

Polizeiliches Vorgehen gegen Fußballhooligans

Immer wieder wird in den Medien über Randalen gewaltbereiter Fußballhooligans berichtet. Auf Initiative der CSU-Fraktion soll der Landtag deshalb die bisher gemachten Erfahrungen mit dem **polizeilichen Konzept im Umgang mit gewaltbereiten Fangruppierungen** und die Entwicklung von gewalttätigen Ausschreitungen sogenannter „Fans“ in der ersten, zweiten und dritten Bundesliga sowie in den Regionalligen in den Blick nehmen.

Außerdem wollen wir über die **Zusammenarbeit mit den Fußballverbänden zur Verhinderung derartiger Ausschreitungen** und die Möglichkeiten der Unterscheidung zwischen gewaltbereiten und friedlichen Fußballfans beraten.

Situation der bayerischen Bereitschaftspolizei

Die Staatsregierung soll über die Einstellungssituation bei der bayerischen Bereitschaftspolizei berichten und dabei insbesondere darauf eingehen, inwieweit Möglichkeiten bestehen, angesichts der zu erwartenden Ruhestand-

seintritte für eine **Verstetigung der Einstellungszahlen in den nächsten 5 Jahren** zu sorgen. Gegenstand des Berichts sollen auch der etwaige **Sanierungsbedarf bei Polizeigebäuden** und die hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sein.

Auswirkung des EU-Hygienepakets auf Lebensmittelbetriebe

Das **EU-Hygienepaket** ist seit dem 1. Januar 2006 in Kraft. **Am 31. Dezember 2009 endet die Übergangsfrist für die Zulassung von Betrieben.**

Da **teilweise Unklarheit** darüber herrscht, welche Betriebe vom EU-Hygienepaket betroffen sind und welche Konsequenzen konkret damit verbunden sind, haben wir in einem **Antrag die Staatsregierung** aufgefordert, darüber zu **berichten, welche Auswirkungen das EU-Hygienepaket auf Lebensmittelbetriebe**, die mit Lebensmittel **pflanzlichen** Ursprungs (z. B. Brauereien) und **tierischen Ursprungs** - insbesondere Molkereien, landwirtschaftliche Direktvermarkter und Bäckereien - umgehen, hat, **und wie kleine handwerkliche Betriebe diese neuen Vorgaben erfüllen können.**